

Transition in Afghanistan: Anspruch und Wirklichkeit

Podiumsdiskussion
31. Mai 2012

Antonia Lehne

Podium: Georg-Sebastian Holzer, Jan Pospisil

Moderation: Otmar Höll

Veranstaltungsort: oiiip, Berggasse 7, 1090 Wien

Anzahl der TeilnehmerInnen: 50

Am 31. Mai 2012 fand im oiiip die Veranstaltung „Transition in Afghanistan: Anspruch und Wirklichkeit“ statt. Im Rahmen dieser Veranstaltung sprach Georg-Sebastian Holzer, der zwei Jahre lang als Sicherheitsexperte in Afghanistan arbeitete, über seine Einschätzung der aktuellen und zukünftigen Lage in Afghanistan.

Der Vortrag behandelte in erster Linie die Entwicklungen in Afghanistan in den letzten zehn Jahren sowie den für 2014 geplanten Abzug der ISAF-Truppen und die damit verbundene Transition im Sicherheitsbereich von internationalen zu afghanischen Kräften.

Der Krieg in Afghanistan begann im Oktober 2001, aus militärischer Sicht war er in den ersten Jahren faktisch weniger relevant als der im Irak. Mit 10,000 Soldaten waren die USA 2002 in Afghanistan militärisch weit weniger präsent als in der Anfangsphase des Irak-Krieges.

Die Wahl Obamas führte zu einer neuen Strategie, der Einsatz in Afghanistan wurde (als Abgrenzung zu dem im Irak) als „guter Krieg“ betrachtet, ein Krieg der laut Militär durch Aufständischenbekämpfung zu gewinnen sei. Im Zuge dieser neuen Counter Insurgency Strategie unter dem Kommando McCrystals kam es allein im Jahr 2009 zu einer Truppenaufstockung von 70,000 Soldaten.

Zeitgleich kam es auch auf Seiten der bewaffneten Opposition zu einer verstärkten Rekrutierung und einem kontinuierlich starken Anstieg der Angriffe. Das Ziel dieser, hauptsächlich in Ballungszentren (z.B. Kabul) verübten Anschläge war es, einerseits an politischer Deutungshoheit zu gewinnen und andererseits die afghanische Bevölkerung zu überzeugen, die afghanische Regierung sei nicht fähig, die bewaffneten Oppositionsgruppen unter Kontrolle zu halten.

Gleichzeitig versuchte die Opposition in den letzten Jahren ihre eigene Legitimität zu stärken, indem sie Schattenregierungen bildete, die durch ein drakonisches Strafsystem für Sicherheit und Ordnung sorgen sollten. Da in einigen Gebieten im Süden des Landes praktisch keine andere Art der Rechtsprechung vorhanden war und es an einem funktionierenden zentralstaatlichen Sicherheitssystem mangelte, bildeten die Taliban bis heute in diesen Regionen de facto die einzige Ordnungsmacht.

Die Counter Insurgency Strategie zeigte in den meisten von den Taliban kontrollierten Gebieten keinen dauernden Erfolg: Sobald die Soldaten die Aufständischen zurückgedrängt und sich zurückgezogen hatten, konnten die Taliban aufgrund der begrenzten Kapazität des Militärs, ständig in diesen Gebieten präsent zu sein, wieder Fuß fassen.

Ein Schwerpunkt der Strategie in Afghanistan lag auch auf einer massiven Expansion der afghanischen Sicherheitskräfte. Ursprüngliches Ziel war es, die Armee und die Polizei auf 350,000 Personen aufzustocken, was sich aber trotz des Einsatzes internationaler Mittel als schwer finanzierbar erwies. In den letzten Jahren zeigten sich Kohäsionsschwächen innerhalb der Sicherheitskräfte, den offensichtlichsten Schwachpunkt bildete dabei die Polizei.

Als ein grundlegender Fehler der USA bei der Invasion 2001 erscheint die mangelnde Differenzierung zwischen Taliban und Al-Quaida, denn diese wurden damals als eng zusammenhängende Gruppierungen dargestellt.

Anfang der 1990er Jahre waren die Taliban noch sehr populär, doch ihre Unfähigkeit zu regieren delegitierte sie in der Bevölkerung im Laufe des folgenden Jahrzehnts. Als die USA 2001 die Taliban entmachteten, wurden die Mitglieder der Führungsebene, die sich nicht über die Grenze nach Pakistan absetzten, gezielt getötet. Dieses Auslöschen der mittleren Führungsebene führte allerdings zu einem strategischen Rückschlag: Die bisherige Führung hatte sich aus älteren Männern zusammengesetzt, deren schmerzliche Kampferfahrungen letztlich zu einem gewissen Pragmatismus und daher auch zu einer Bereitschaft zu politischen Gesprächen geführt hatte. Diese Führungsgruppe wurde mit jungen Kämpfern nachbesetzt, die hauptsächlich in afghanischen Flüchtlingslagern in Pakistan rekrutiert wurden. Diese neue Führungsschicht war ohne soziale Einbettung aufgewachsen und offen dafür „Bürger des D jihad“ zu sein und sich der Ideologie der Al Quaida anzuschließen. Das führte letztlich dazu, dass die Taliban der Al-Quaida tatsächlich näher rückten.

Das jetzige Ziel der USA ist ein gesichtswahrender Abzug. Im Jänner dieses Jahres wurden erstmals offiziell Gespräche mit den Taliban eröffnet, denn nur so können die Taliban in Afghanistan ohne politischen Druck aus Pakistan agieren. Gleichzeitig bekämpft das internationale Militär weiterhin die mittlere Führungsebene der Taliban. Strategisch gesehen würde laut Holzer ein kontinuierlicher Prozess des Dialogs die Taliban mehr schwächen, weil sie dadurch in Erklärungsnotstand bei den eigenen Anhängern kämen.

Zum Abschluss des Vortrages schilderte Georg-Sebastian Holzer kurz drei mögliche Zukunftsszenarien:

1. Eine politische Oligarchie: Der Präsident schafft es, die verschiedenen Machtansprüche auszugleichen, es könnte im Zuge dessen auch zu einer informellen Absprache mit den Taliban kommen. Eine derartige politische Oligarchie würde einzig vom Konsens leben, dass Machtrivalität und organisierte Kriminalität unter der Schwelle des Bürgerkriegs gehalten werden sollten.
2. Islamisches Emirat von Afghanistan: die Rückkehr der Taliban. Aus Sicht Holzers sehr unrealistisch, vor allem die Eroberung der Städte ist unwahrscheinlich, die Taliban wären nicht in der Lage, militärisch das gesamte Gebiet zu beherrschen.
3. Bürgerkrieg: Laut Holzer wahrscheinlichstes Szenario: Durch die zunehmende ethnopolitische Polarisierung im Provinz- und Distriktkontext könnten Wirtschafts- und Profitinteressen nicht mehr stark genug vertreten werden. In so einem Bürgerkrieg würde keine Zentralgewalt mehr bestehen, unterschiedliche Regionen würden unterschiedlich regiert werden, ähnlich wie in Somalia würden die Konflikte sich hauptsächlich an den Grenzen abspielen. Lokale Akteure (u.a. Dorfmilizen) wurden in den vergangenen Jahren zusätzlich bewaffnet, was die Lage noch fragiler macht.

Als Podiumsdiskutant war Jan Pospisil geladen. Er stellte die Frage, warum die Mission in Afghanistan trotz der zahlreichen State-building Erfahrungen, die die internationale Gemeinschaft in den letzten Jahren gesammelt hat, nicht besser funktioniert hat.

Bei diesen State-building Projekten in der Vergangenheit wurde das „Take-off-Modell“ angewandt: Durch gezielte Investitionen und den Aufbau von gewissen staatlichen Grundfunktionen (Sicherheit, staatliches Gewaltmonopol, Korruptionsbekämpfung) sollte der betroffene Staat im Prozess der Entfragilisierung unterstützt werden. Es hat sich aber gezeigt, dass diese verschiedenen Schritte oft kein positives Resultat auf einer gesamtstaatlichen Ebene erzielen konnten. Stattdessen zeigte sich immer mehr, dass die betroffenen Staaten sich selber mobilisieren wollten, z.B. in der g7+Gruppe (The g7+ of Fragile and Conflict-Affected States), in der Afghanistan auch Mitglied ist. Die neue Strategie für den Entfragilisierungsprozess dieser Staaten entfernt sich vom bisherigen „Take-off“ Modell, bei dem die Staaten mit von außen herangetragen Modellen arbeiten mussten. Stattdessen soll jeder dieser Staaten für sich allein betrachtet werden und es sollen vermehrt gemeinsam vertrauensbildende Maßnahmen gesetzt werden.

Anschließend folgte eine Diskussion unter reger Beteiligung des Publikums. Darin ging es besonders um den vom Vortragenden Holzer verwendeten Begriff „bewaffnete Opposition“, er wurde mit den anderen für diese Gruppe gebräuchlichen Begriffen verglichen(„Insurgents“, „Anti-Government-elements“, „Islamic Emirate of Afghanistan“) und kritisch analysiert.

Einigkeit herrschte unter den BesucherInnen vor allem darüber, dass die Unterstützung, die die Taliban von Seiten Pakistans erhielten, nicht unterschätzt werden dürfe. Ohne die in Pakistan befindliche Organisation und die dort errichteten Ausbildungszentren wären die Taliban in Afghanistan heute ein wesentlich weniger relevanter Akteur.

Das Szenario der Rückkehr der Taliban und die Errichtung eines „Islamic emirate of Afghanistan“ wurde aber trotz dieser Unterstützung aus Pakistan als äußerst unwahrscheinlich eingestuft.

In der Vergangenheit war in Afghanistan der Großteil der Regierungsgeschäfte den Provinzen überlassen worden, mit einer ähnlichen Aufteilung in der Verfassung werde auch in der Zukunft zu rechnen sein, da es nicht möglich sei, die verschiedenen Ethnien und Gruppierungen Afghanistans vollkommen zentralisiert zu regieren.

Das Thema der Wirtschaft in Afghanistan wurde ebenfalls diskutiert: Der Abzug der Truppen 2014 werde sich finanziell negativ auswirken, im Moment mangle es an einer eigenen wertschöpfenden Ökonomie. Ob das Land von seinen Bodenschätzen profitieren könne, werde sich in den nächsten Jahren zeigen.

Teile der afghanischen Bevölkerung seien überzeugt, dass die Amerikaner weiterhin im Land bleiben wollten, da das Militär ein strategisches Interesse auch an zukünftigen Stützpunkten in der Region habe, vor allem was zukünftige Entwicklungen in Pakistan betreffe.

Für die USA sei jetzt ein reibungslos funktionierender Abzug der Truppen 2014 das Ziel. Für Afghanistan werde dieser Abzug einen Wendepunkt darstellen, der viele Gefahren, aber ökonomisch und politisch auch viele neue Möglichkeiten berge.